Mindestlöhne zahlen sich rundum aus

Autor(en): **Oesch, Daniel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **105 (2008)**

Heft 2

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840259

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Mindestlöhne zahlen sich rundum aus

Mindestlöhne stehen hoch im Kurs. Entscheidend für diese Trendwende ist der neue ökonomische Konsens, dass sich Mindestlöhne und Vollbeschäftigung nicht ausschliessen. Der SGB lanciert deshalb eine Neuauflage seiner Mindestlohn-Kampagne.

Mindestlöhne haben das Ziel, den Beschäftigten einen Lohn zu garantieren, der die soziale Teilhabe und ein Leben in Würde ermöglicht. Dieser moralische Anspruch auf Mindestlöhne – die Idee des fairen Lohnes – ist weitgehend unbestritten. Wer Vollzeit erwerbstätig ist, soll auch von seiner Arbeit leben können. Der Grund, warum dennoch viele Akteure aus Politik und Medien die Mindestlöhne mit Skepsis betrachteten, war die Annahme, diese könnten sich negativ auf die Beschäftigung auswirken. Diese Annahme wurde 1998 von der OECD widerlegt: In einer vielbeachteten Kehrtwende kamen die Ökonomen der OECD zum Schluss, dass «Mindestlöhne keinen Einfluss auf die Beschäftigung von Erwachsenen haben» (OECD Employment Outlook 1998, S. 48). Dieser Befund wurde damit erklärt, dass sich die in Westeuropa geltenden Mindestlöhne auf einem Niveau befinden, welches die Produktivität von wenig qualifizierten Beschäftigten nicht übersteigt. Selbst unqualifizierte Beschäftigte weisen eine Arbeitsproduktivität auf, die es für Unternehmen rentabel macht, sie zu Löhnen von 60 Prozent des Durchschnittssalärs einzustellen.

ENTWICKLUNGEN IN EUROPA

Die Mindestlöhne wurden nicht nur von den Wirtschaftswissenschaften rehabilitiert. Seit einigen Jahren haben auch die Regierungen Mindestlöhne als wirksames Instrument der Wirtschaftspolitik wiederentdeckt. So wurden gesetzliche Mindestlöhne 1999 in Grossbritannien und 2000 in Irland eingeführt. In beiden Ländern sind die Erfahrungen überaus positiv. Der Mindestlohn hat im Kontext der sehr starken Einwanderung aus Mittelosteuropa nach Grossbritannien und Irland wesentlich dazu beigetragen, die Löhne von wenig qualifizierten Beschäftigten – Einheimischen und Zugewanderten – zu stützen. Die positiven Erfahrungen in den zwei angelsächsischen Ländern haben auch in Österreich und Deutschland zu einem Umdenken geführt. So tritt 2009 in Österreich ein von den Sozialpartnern vereinbarter nationaler Mindestlohn in Kraft. In Deutschland werden im Rahmen des «Entsendegesetzes» Mindestlöhne für rund ein Dutzend Branchen festgelegt.

MINDESTLÖHNE STATT LOHNZUSCHÜSSE

Das neue Interesse der europäischen Politik an Mindestlöhnen liegt nicht nur an der Erfahrung, dass Mindestlöhne und Vollbeschäftigung vereinbar sind. Es ist auch eine Folge der Erkenntnis, dass Mindestlöhne den so genannten Lohnzuschüssen – zum Beispiel in der Form von Kombilöhnen oder negativen Einkommenssteuern – wirtschaftspolitisch überlegen sind. Mit Lohnzuschüssen würde die Existenz von wenig produktiven Wirtschaftsbereichen mit Löhnen, die nicht einmal zum Leben genügen, nicht nur akzeptiert, sondern gar noch staatlich gefördert. Schliesslich hängt die Wiederentdeckung von Mindestlöhnen mit der Einsicht zusammen, dass sich Arbeit lohnen muss. Unter dem Motto «Make Work Pay» versuchen OECD und die Europäische Kommission seit einigen Jahren, möglichst viele Leute in den Erwerbsprozess zu integrieren. Eine solche Erhöhung der Erwerbsquote setzt jedoch voraus, dass sich das Arbeiten lohnt. Dieses Ziel wird mit Mindestlöhnen, die ein Leben in Würde ermöglichen, am einfachsten erreicht.

KAMPAGNE DER GEWERKSCHAFTEN

In Sachen Mindestlöhne ist die Schweiz eine Ausnahme. Da kein nationaler Mindestlohn besteht, basiert der Schutz gegen Tieflöhne fast ausschliesslich auf den in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) vereinbarten Mindestlöhnen. 1998 hatte der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine Mindestlohnkampagne lanciert mit der Forderung, dass in der Schweiz fortan keine Löhne mehr unter 3000 Fran-

«2006 verdienten 19 Prozent der Frauen und 6 Prozent der Männer weniger als 3500 Franken brutto pro Monat.»

PLATTFORM

Die ZESO bietet wechselnden Partnerorganisationen eine Plattform an: zwei Seiten für ein Thema ihrer Wahl. In dieser Ausgabe dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund.

ken bezahlt werden sollten. Diese Kampagne hatte einen nachhaltigen Einfluss auf die Mindestlöhne in den GAV. So wurden diese im beschäftigungsmässig wichtigsten GAV der Schweiz, dem Vertrag des Gastgewerbes (200 000 Unterstellte), zwischen 1998 und 2008 um 40 Prozent erhöht. Auch in den beiden grössten Unternehmen des Detailhandels, Migros und Coop, wurde ein Anstieg der zuvor sehr tiefen Mindestlöhne für ungelernte Arbeitnehmende um 35 bis 45 Prozent vereinbart.

AUSWIRKUNG AUF ARBEITSMARKT

Die Mindestlohnkampagne sorgte so dafür, dass nach 1998 auch die Bezügerinnen und Bezüger von tiefen Löhnen am Konjunkturaufschwung teilhatten. So wurde zwischen 1998 und 2006 der Monatslohn von mehr als 150 000 Erwerbstätigen – zum grössten Teil Frauen – über die Schwelle von 3000 Franken gehoben. Eine von Wirtschaftsjournalisten vorhergesagte negative Auswirkung der Mindestlohnkampagne blieb aus: Sie hatte keine negative Beschäftigungsentwicklung zur Folge. Die Arbeitslosenquote in der Schweiz fiel – trotz den teils erheblichen Mindestlohnerhöhungen – von 3,7 Prozent (1998) auf 1,7 Prozent (2001). Nach einem konjunkturell bedingten Anstieg zwischen 2002 und 2004 sank die Arbeitslosigkeit 2007 wieder auf 2,8 Prozent und soll 2008 weiter auf 2,5 Prozent fallen. Dadurch hat die Mindestlohnkampagne jene Journalisten Lügen gestraft, die dem Irrtum erlagen, dass Vollbeschäftigung im 21. Jahrhundert nur mehr durch eine Expansion von schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs möglich sei.

NEUAUFLAGE DER KAMPAGNE

Die Mindestlohnkampagne hat jedoch nach 2004 an Schwung verloren. Noch immer arbeiten viele Beschäftigte in der Schweiz – hauptsächlich Frauen – zu einem Lohn, der selbst einer alleinstehenden Person kaum zum Leben reicht, geschweige denn den Unterhalt einer Familie sichert. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund startet deshalb einen neuen Anlauf seiner Mindestlohnkampagne: Die Mindestlohnforderung wird an die Teuerung und Reallohnentwicklung angepasst und steht neu bei 3500 Franken (mit 13 Monatslöhnen). Für Teilzeit- und Temporärbeschäftigte entspricht dies der Forderung nach einem Mindeststundenlohn von 20 Franken. 2006 verdienten 19 Prozent der Frauen und 6 Prozent der Männer weniger als 3500 Franken brutto pro Monat (Teilzeit hochgerechnet auf eine Vollzeitarbeit von 40 Wochenstunden). Eine Erhöhung der gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne soll auch diesen Beschäftigten ermöglichen, in Würde von ihrer Arbeit leben zu können. ■

> «Selbst unqualifizierte Beschäftigte weisen eine Arbeitsproduktivität auf, die es für Unternehmen rentabel macht, sie zu Löhnen von 60 Prozent des Durchschnittssalärs einzustellen.»

Daniel Oesch
Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

DER SCHWEIZERISCHE GEWERKSCHAFTSBUND

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) ist mit rund 375 000 Mitgliedern die grösste Arbeitnehmerorganisation der Schweiz. Er vereinigt unter seinem Dach 16 selbstständige Arbeitnehmer- und Berufsverbände. Diese Verbände decken ein breites Spektrum ab: Bau, Industrie und private Dienstleistungen (Unia), öffentlicher Verkehr, Logistik und Telekom (SEV, Gewerkschaft Kommunikation), öffentliche Verwaltung, Gesundheit und soziale Arbeit (VPOD, Personalverband des Bundes, Avenir Social), Druck und Medien (Comedia), Banken (Bankpersonalverband). Der SGB vertritt die Interessen der Beschäftigten gegenüber dem Bund und der Öffentlichkeit in Fragen der Wirtschaftspolitik und der Sozialversicherungen, im Arbeitsrecht und der Berufsbildung sowie in der Lohn- und Gleichstellungspolitik.

Weitere Infos: www.sgb.ch

SGB | USS